

Büro für ungewöhnliche Maßnahmen

„Wenn die Politiker zu immer erbärmlicheren Mitteln greifen, und die so geschaffenen Tatsachen einen deprimierenden Schatten über uns werfen, dann ist es eine Aufgabe der Kunst, diese Politik der Lächerlichkeit preiszugeben und für die Menschen das Lachen, die Erhabenheit, die Lebenslust und die Widerstandskraft wieder zurückzugewinnen. ... Kunst und Theater als öffentliche Operation; als öffentliche Inszenierung unserer Phantasie. Als sinnfällig-Machen von Realitäten, die nach Veränderung schreien. Phantasie als Motor für Kritik und Veränderung — das ist der Kern des ‚Büro für ungewöhnliche Maßnahmen‘.“

(Selbstdarstellung zit. n. De Schnüss 5/1988, Bonn)

In der Grauzone zwischen Kunst und Politik agiert seit 1987 das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen in Berlin. Sein konzeptioneller Schwerpunkt liegt in politischer Aktionskunst und „Real-Montagen“ im Öffentlichen Raum. Hervorgegangen ist es aus einer Kreuzberger Gruppe von KünstlerInnen, DesignerInnen, und AutodidaktInnen, die sich 1977 zusammengeschlossen hatten, um für mehr Pep, Witz und Kreativität bei linken Plakaten, Kampagnen und Aktionen zu sorgen. Die Arbeit der Gruppe entwickelte sich im Laufe der Zeit von Service- und Layout-Leistungen hin zur Konzeption ganzer Aktionen („Demonstrations-Design“).

Beispielsweise wurden 1987 Proteste gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung in Berlin lichtstark an Fassaden geworfen und zusammen mit Volkszählungsboykott-Initiativen Aktionen in der U-Bahn durchgeführt.

Anlässlich des Reagan-Besuchs im Sommer 1987 fand eine mehrstündige polizeiliche Totalabriegelung Kreuzbergs statt. SO 36 wurde in Vorbeugehaft genommen. Wenige Tage darauf, am 17. Juni, erhielt der Berliner Senat die entsprechende Antwort. Auf der Kottbuser Brücke nahm ein satirisch inszeniertes Spektakel seinen Lauf: die Errichtung eines „Anti-Kreuzberger-Schutzwalls“. Davor posierte ein neu ernannter Senator für Inneres und Architektur in Frack und Zylinder. Den verblüfften Passanten wurde erklärt: „Liebe Berlinerinnen und Berliner, wir lassen unser schönes Berlin nicht von den Kreuzberger Anti-Berlinern kaputt machen ... Aus diesem Grund hat der Berliner Senat nach dem durchschlagenden Erfolg der Kreuzberger Blockade zum Reagan-Besuch in geheimer Sitzung den Bau des Anti-Kreuzberger Schutzwalls beschlossen.“

Die Macherinnen dieser Aktion bekamen eine ganz ordentliche Portion Ärger. Ihnen wurde zur Last gelegt, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben und der „Verdacht der Nötigung“ wurde von Senat bzw. Juristerei ziemlich schnell ausgesprochen. Die Aktion hatte nicht nur juristische Konsequenzen: In ihrer Folge wurde das „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen“ gegründet.

Als sich im September 1988 die „Herren der Welt“ von IWF und Weltbank in Berlin ein Stelldichein gaben, war „das Büro“ mit von der Partie. Es veranstaltete eine dreitägige Trommel- und Lichtsession auf dem Breitscheidplatz, die aufgrund massenhafter Teilnahme trotz Verbot stattfinden konnte. Auch an anderen Orten der Stadt waren sie mit theatralischen \circ Happenings präsent, die sich sowohl an ‚die Herren‘ als auch die ‚gemeine BerlinerIn‘, den aus der gesamten Bundesrepublik angereisten Chaoten, Demonstranten, ‚Dritte-Welt‘-Bewegte und nicht zuletzt die internationale Presse richteten. Die Aktion mit den drei B's, „Bürger beklatschen Banker“, wurde den Beklatschten so lästig, daß die Cops nicht nur einmal den Kopf verloren und Applaudierende verdroschen.

Mit solchen ungewöhnlichen Formen Öffentlichkeit zu schaffen ist das Ziel des ‚Büros‘. Mit immer wieder neuen und überraschenden Ideen tritt es oft unvermittelt auf. Immer wieder gelingt es dabei, sich mit spektakulären Aktionen die mediale Aufmerksamkeit zu sichern. Exklusiv zur ‚BerlinerIn‘ im Februar 1993 lud das Büro zum Staatsakt am historischen ‚Fluchtgelände‘ in der Bernauer Straße. Bei einem Sektempfang mit Vertretern von Regierung, Kirche und Europäischer Gemeinschaft erfolgte der 1. Spatenstich des ‚Asyl-Tunnels Berlin-Temeswar‘. Mit diesem Tunnel, so die Initiatoren, sei es der Bundesrepublik gelungen, einen entscheidenden Schlag gegen das internationale Schlepperbandentum durchzuführen und gleichzeitig das Grundgesetz zu retten: Jetzt könnten nicht mehr nur Flüchtlinge der „Jet-Set-Klasse“ Asyl begehren, sondern auch „die wirklich Verfolgten“ per Tunnel aus einem nicht-sicheren Drittstaat in die Bundesrepublik gelangen. Feierlich wurde der „Tunnel der Nächstenliebe“ begrüßt, nicht jedoch ohne den Hinweis „Sollten allerdings Zigeuner, Kommunisten oder polnische Autoschieber dieses humanitäre Projekt verstopfen, kann der Tunnel im Rahmen des Kanalbauprogrammes auch jederzeit geflutet werden“ (Neues Deutschland, 25. 2. 1993). ☞

Version #1

Erstellt: 2026-06-02 15:34:00 UTC von Som31_3ls3

Zuletzt aktualisiert: 2026-06-02 15:36:21 UTC von Som31_3ls3